

Antrag

der Abgeordneten Dr. Paul Laufs, Dr. Christian Ruck, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Kurt-Dieter Grill, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Dr. Peter Paziorek, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Reaktor-Sicherheitskommission mit unabhängigen, fachlich hoch qualifizierten Experten besetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) ist die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) angesiedelt. Sie hat die Aufgabe, den Bund bei der Wahrnehmung seiner Aufsicht über die Zweckmäßigkeit und die Rechtmäßigkeit der Ausführung des Atomgesetzes im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung durch die Länder sachkundig und neutral zu beraten. Dabei geht es ausschließlich um die bestmögliche Klärung wissenschaftlich-technischer Fragen in einem rechtlich komplexen Umfeld. Die Reaktor-Sicherheitskommission hat in zahlreichen Empfehlungen, die vom BMU bekanntgemacht wurden, maßgeblich zur Konkretisierung des Standes von Wissenschaft und Technik bei der in der Kerntechnik erforderlichen Schadensvorsorge und zur länderübergreifenden Harmonisierung der Anforderungen beigetragen. Die RSK war zuletzt mit 26 international renommierten Wissenschaftlern besetzt und hatte maßgeblichen Anteil an der sicherheitstechnischen Spitzenstellung deutscher Kernkraftwerke im internationalen Vergleich.

Im Dezember 1998 wurde die RSK vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, aufgelöst und nach einer Änderung der Satzung im März 1999 mit Personen seiner Wahl neu besetzt. Die nach der Satzungsänderung nun 14-köpfige RSK setzt sich mindestens zur Hälfte aus Mitgliedern zusammen, die die Kernenergienutzung grundsätzlich ablehnen. Ihr fachliches Renommee ist in Frage zu stellen. Die erforderliche fachlich fundierte ideologiefreie Beratung durch diese Kommission ist nicht mehr sichergestellt.

Wir begrüßen deshalb die Initiative der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern, ein eigenes Fachgremium für Reaktortechnik auf Länderebene einzurichten und zu unterhalten. Mit dieser künftig auch mit internationalen Fachleuten besetzten Landessicherheitskommission wird die Erhaltung und Weiterentwicklung von hervorragendem Expertenwissen auf dem Gebiet der Kerntechnik in Deutschland sichergestellt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit angesiedelte Reaktor-Sicherheitskommission ausschließlich mit Personen zu besetzen, die höchsten fachlichen Sachverstand besitzen und geeignet sind, eine völlig neutrale und den fachlichen Anforderungen gerechtwerdende Beratung der Bundesregierung zu gewährleisten.

Bonn, den 6. Mai 1999

Dr. Paul Laufs
Dr. Christian Ruck
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Kurt-Dieter Grill
Cajus Caesar
Marie-Luise Dött
Georg Girisch
Vera Lengsfeld
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Dr. Peter Paziorek
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Schmitz (Baesweiler)
Werner Wittlich
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion